

Lieber Zürich als Genf – und Bern schweigt

Entgegen den Gepflogenheiten so mancher Herrscher aus südlichen Gefilden eröffneten südafrikanische Bankenkreise nach Mitte der 1980er Jahre lieber in Zürich eine Filiale als in Genf. Gemäss ihren Informanten aus der Schweiz war der Einfluss kirchlicher Kreise in der Zwinglistadt bedeutend geringer und waren öffentliche Komplikationen deshalb eher unwahrscheinlich.

Solche und noch faustdickere Informationen finden sich im Schlussbericht von Georg Kreis sowie einzelnen Studien des Nationalen Forschungsprogramms NFP 42+ «Beziehungen Schweiz – Südafrika». Trotz Archivsperrern und Zensur werden dem «Apartheid-Connections»-Bild dadurch neue wichtige Mosaiksteine hinzugefügt. Allerdings sind die Lücken bezüglich Bankgeschäfte und Schweizer Unternehmen, Militär und Nachrichtendienst sowie dem 'who was who' noch gross.

Die obige Geschichte verdeutlicht, wie wichtig der Druck «von unten» im Kampf gegen das Apartheid-Regime war. Als Zürcher muss ich anerkennen, dass die GenferInnen offensichtlich effizienter vor den Banken pikettiert haben. Dieser Druck ist bis heute wichtig. Ohne die kontinuierliche Arbeit der Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika, der Aktion Finanzplatz oder der Recherchiergruppe des SOLIFONDS, die in vielen Fällen zu politischen Vorstössen der engagierten Nationalrätin Pia Hollenstein führte, wäre es nicht zum NFP 42+ gekommen.

Lorbeeren waren und sind mit dieser Arbeit – es geht um Menschenrechte - keine zu holen. Im Gegenteil: ExponentInnen und die involvierten Organisationen landeten auf Listen, die von Spitzeln in der Schweiz mit Namen «Derick» im Interesse des Apartheid-Regimes geführt und gebraucht wurden, wie die Studie von Peter Hug aufgezeigt hat.

Hug zitiert auch die Einschätzung des südafrikanischen Militärattachés Coetzee, dass die Schweiz eines von sechs Ländern war, welches die südafrikanische Regierung wirtschaftlich hätte in die Knie zwingen können. Und Georg Kreis hält abschliessend fest, dass es für die

Schweiz immer eine Möglichkeit gegeben hätte, eine rechtliche Haltung einzunehmen, «die dem menschenrechtlichen Aspekt und dem Gebot internationaler Solidarität stärker entsprochen hätte».

Zu all dem will der Bundesrat nichts sagen – ein politischer Skandal. In Weiterführung seiner bisherigen Südafrikapolitik ist für ihn Schweigen zur Apartheid immer noch Gold wert.

Urs Sekinger, Koordinator beim SOLIFONDS und Mitglied der Recherchiergruppe Schweiz-Südafrika